

Dekolonisierung trotz alledem!

Resolution 2025

Anerkennung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit

Die Resolution wurde auf dem bundesweiten Vernetzungstreffen von postkolonialen und dekolonialen Aktivist*innen, Gruppen, Initiativen und Vereinen erarbeitet.

- Anerkennung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit
- Grundlegende Forderungen zur Anerkennung und Aufarbeitung
- Bildung & Wissenschaft
- Repatriierung & Restitution
- Erinnerungskultur & Öffentlicher Raum
- Internationale Verantwortung & Wirtschaft
- Migration & Asylpolitik
- Klima & Klimagerechtigkeit
- Mitzeichner*innen

Anerkennung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit

Die Anerkennung der deutschen Kolonialvergangenheit als **staatliches Gewaltverbrechen**, dessen Folgen bis in die Gegenwart national wie international spürbar sind, ist überfällig. Kolonialismus war nicht nur ein historisches Unrecht, sondern wirkt bis heute in Form struktureller, institutioneller und kultureller Gewalt, rassistischer Ausgrenzung sowie globaler Macht- und Ressourcenungleichheiten fort. Die Verantwortung des deutschen Staates zeigt sich nicht nur in der formalen Anerkennung dieser Verbrechen, sondern ebenso darin, wie ernsthaft und nachhaltig er bereit ist, **Auseinandersetzung, Aufarbeitung, Erinnerungsarbeit und Reparationen** zu finanzieren und zu ermöglichen.

Dabei müssen **koloniale Kontinuitäten als Querschnittsthema** verstanden und als ein fortlaufender Prozess adressiert werden — unter aktiver Beteiligung von Betroffenen, Nachfahr*innen ehemals Kolonisierter sowie diasporischer Communities.

Deutschland ist aufgefordert, sich der internationalen Reparationsdebatte zu stellen und relevante Diskurse, wie etwa das **Jahresthema der Afrikanischen Union (AU)** zu Reparationen oder die **CARICOM-Forderungen karibischer Staaten** nach Entschädigungen für die Verbrechen der Versklavung und Kolonisierung, ernsthaft aufzugreifen und umzusetzen.

Im Sinne der **UN „Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation“** umfassen Reparationen fünf zentrale Charakteristika:

1. **Restitution** (Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands, soweit möglich)
2. **Entschädigung** (für materielle und immaterielle Schäden)
3. **Rehabilitation** (medizinische, psychologische, soziale und juristische Unterstützung)
4. **Zufriedenstellung** (u.a. öffentliche Anerkennung des Unrechts, Entschuldigung, Gedenken)
5. **Garantien der Nichtwiederholung** (strukturelle Veränderungen, um zukünftige Gewalt zu verhindern)

Die nachfolgenden Forderungen dieser Resolution setzen sich zum Ziel, Dekolonisierung in Deutschland konsequent und praktisch umzusetzen.

Grundlegende Forderungen zur Anerkennung und Aufarbeitung

- **Anerkennung des Kolonialismus als staatliches Unrecht** und strukturelles Gewaltverbrechen durch Bundestagsbeschluss

- **Verbindliche Entschuldigung** und **umfassende Umsetzung der UN-Prinzipien zu Reparationen** (Restitution, Entschädigung, Rehabilitation, Zufriedenstellung, Nichtwiederholung)
- **Kolonialismus in der Erinnerungspolitik** als zentrales Thema etablieren
- Umsetzung der **2. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034)**
- Umsetzung der **Empfehlungen des UN-Antirassismus-Ausschusses (CERD)**

Bildung & Wissenschaft

Epistemische Gewalt als koloniale Kontinuität manifestiert sich in der systematischen Abwertung, Ausgrenzung und Unsichtbarmachung nicht-westlichen Wissens, wobei die Wissenschaft selbst – historisch wie gegenwärtig – eine zentrale Rolle in der Reproduktion dieser Machtverhältnisse spielt. Dazu gehört die kritische Reflexion der Rolle von formalen Bildungseinrichtungen während des Kolonialismus sowie die Auseinandersetzung mit kolonialen Wirksamkeiten wie strukturelle und institutionelle rassistische Ausgrenzungen an Bildungsinstitutionen heute.

- **Kolonialismus als Querschnittsthema in Schulen** gesetzlich verankern
- **Diskriminierungsfreie Bildung gesetzlich in allen Bundesländern garantieren**, inkl. Aufbau unabhängiger Antidiskriminierungsstellen
- **Dekolonisierung des Bildungskanons**: Abkehr vom Eurozentrismus, Einbindung globaler Perspektiven
- **Förderprogramme für dekoloniale Organisationsentwicklung** in Kitas, Schulen und Bildungsträgern auf Bundesebene
- **Wissenschaftszentrum Kolonialismus** auf Bundesebene gründen
- **Dauerhafte Professuren für Intersectional Black Studies** schaffen
- **Reform von Schul- und Hochschulgesetzen** mit Pflichtinhalten zu Rassismus, Kolonialismus und Dekolonisierung

Repatriierung & Restitution

Die anhaltende Präsenz von Ancestral Remains (menschlichen Gebeinen) sowie geraubten Kulturgütern aus kolonialen Kontexten in westlichen Museen und Forschungseinrichtungen ist ein Ausdruck kolonialer Gewalt, die bis heute andauert. Diese Praktiken stehen für eine nicht abgeschlossene koloniale Vergangenheit, die systematisch verdrängt und entpolitisiert wird. Ihre

konsequente Aufarbeitung darf nicht länger aufgeschoben werden – sie ist kein Akt der Großzügigkeit, sondern eine überfällige Verpflichtung. Repatriierung und Restitution sind dabei notwendige Schritte, reichen aber allein nicht aus. Sie müssen eingebettet sein in umfassende Prozesse historischer Gerechtigkeit und tiefgreifender Reparation. Dafür braucht es unter anderem:

- **Repatriierungs- und Restitutionsgesetz verabschieden**, das Rückgaben rechtlich bindend regelt
- **Verbot des privaten/kommerziellen Handels mit Ancestral Remains** (menschlicher Gebeine aus kolonialen Kontexten) auf Bundes- und EU-Ebene
- **Forschungsstopp an Ancestral Remains**, der nicht der Rückführung in ihre Communities dient (außer bei informierter Zustimmung)
- Einrichtung eines **Advisory Boards von internationalen Repatriierungspraktiker*innen und betroffenen Communities**
- **Transparenter Umgang beispielsweise durch digitale Offenlegung** aller Bestände und Archive mit kolonialen Kulturgütern
- Einrichtung einer **bundesweiten Anlaufstelle für Restitution und Repatriierung**, die aktiv auf Communities zugeht und die Suche von Betroffenen unterstützt

Erinnerungskultur & Öffentlicher Raum

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands spiegelt sich bis heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen wider, so auch im öffentlichen Raum und in der nationalen Erinnerungskultur. Straßennamen, Denkmäler, Museen und institutionelle Praktiken reproduzieren häufig eine geschichtsvergessene oder verharmlosende Perspektive auf den Kolonialismus und seine Verbrechen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Herrschaftssystem, das auf systematisch etabliertem Unrecht basiert, muss verschiedene Zielgruppen berücksichtigen: Menschen, die von den gegenwärtigen Folgen des Kolonialismus negativ betroffen sind, sowie Menschen, die bisher von den gesellschaftlichen Verhältnissen profitiert haben.

Eine dekoloniale Erinnerungspraxis bedeutet eine Abkehr von einem *weißen*, eurozentrischen Narrativ hin zu einem Perspektivwechsel. Denn die Geschichten des Kolonialismus sind auch immer schon Geschichten des Widerstands. Daher sollen die Perspektiven der ehemals Kolonisierten und des antikolonialen Widerstands sichtbar gemacht, koloniale Kontinuitäten benannt und bestehende Machtverhältnisse kritisch hinterfragt werden. Es braucht transparente, partizipative Prozesse, um eine Erinnerungspraxis zu schaffen, die sich auch im öffentlichen Raum widerspiegelt, zum Beispiel durch die Stärkung von Lern- und Erinnerungsorten, die sich mit der deutschen Kolonialgeschichte und ihren bis heute wirksamen Folgen auseinandersetzen.

- Schaffung eines **zentralen Lern- und Erinnerungsortes Kolonialismus** auf Bundesebene
- **Verankerung kolonialismuskritischer Perspektiven** in nationaler Gedenkpolitik
- **In Denkmalschutzdatenbanken sollten die Kontexte klar benannt werden**
- **Förderung dezentraler Gedenkinitiativen** durch Mittel von Kommune, Land und Bund

Internationale Verantwortung & Wirtschaft

Die Folgen des Kolonialismus prägen bis heute die globalen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse. Neokoloniale Abhängigkeitsstrukturen, extraktivistische Wirtschaftsmodelle und ungleiche Handelsbeziehungen sichern weiterhin den Wohlstand des Globalen Nordens auf Kosten ehemals kolonisierter Gesellschaften. Eine konsequente Dekolonisierungspolitik muss daher auch die internationale Verantwortung Deutschlands anerkennen und bestehende wirtschaftliche, politische und ökologische Ungleichheiten aktiv abbauen. Dazu gehören Reparationsleistungen, faire Handelsbeziehungen, die Dekolonisierung der Entwicklungspolitik sowie der Abbau neokolonialer Praktiken in globalen Institutionen und Wirtschaftsbeziehungen.

- **Bundesratsinitiative für Reparationen** an ehemals kolonisierte Gesellschaften starten
- **Dekolonialisierung der Entwicklungspolitik**, mit aktiver Einbindung diasporischer Communities
- **Schaffung eines Klima- und Kolonialschuldengesetzes** zur finanziellen Wiedergutmachung, inkl. Schuldenerlass und Reparationszahlungen
- **systemische Reparationen in Form von Reformen globaler Institutionen**, die koloniale Machtverhältnisse reproduzieren (z. B. WTO-System)
- **Verzicht auf Wasserstoff-Deals und Rohstoffprojekte**, die koloniale Abhängigkeiten fortsetzen
- **Lieferkettengesetz schützen und stärken**
- **Digitale Souveränität stärken**: Schutz vor Datenextraktivismus, global-gerechter Zugang zu digitaler Infrastruktur

Migration & Asylpolitik

Die deutschen und europäischen Migrations- und Asylpolitiken sind bis heute von kolonialen und rassistischen Machtverhältnissen geprägt. Historische Verantwortung für die kolonial bedingten

Fluchtursachen, politische Instabilitäten und wirtschaftliche Abhängigkeiten wird weitgehend ignoriert, während an den Außengrenzen systematisch Menschenrechte verletzt und diskriminierende Praktiken institutionalisiert werden. Eine dekoloniale Migrationspolitik erfordert den Bruch mit diesen Strukturen, die Anerkennung kolonialer Mitverantwortung für globale Migrationsbewegungen sowie den Aufbau solidarischer, antirassistischer und menschenrechtsbasierter Aufnahme- und Bleiberechtsregelungen.

- **Bewegungsfreiheit für alle: Für eine Welt der offenen Grenzen und die Überwindung restriktiver Grenzregime**
- **Beendigung der Menschenrechtsverletzungen** gegenüber Menschen auf der Flucht in Deutschland, an deutschen Grenzen und an den EU-Außengrenzen
- **Wiederaufnahme staatlicher Unterstützung der zivilen Seenotrettung**
- **Abschaffung von Lagern, Camps, ANKER-Zentren etc. als Unterbringung für Asylsuchende und Geflüchtete**
- **Abschaffung diskriminierender Familiennachzugsregelungen** und des Aussetzens dessen
- **Gleiche soziale Rechte für alle: Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der diskriminierenden „Bezahlkarte“** für Menschen im Asylverfahren
- **Dezentrale Unterbringung und Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung** unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- **Bundesweite Schaffung von Strukturen zur Meldung und Bearbeitung von Diskriminierungsfällen.**

Klima & Klimagerechtigkeit

Bis heute prägen diese kolonialen Muster die globale Wirtschaftsordnung: Rohstoffe werden weiterhin vor allem im Globalen Süden für den Konsum und die Produktion im Globalen Norden gewonnen – mit hohen CO₂-Emissionen und verheerenden Umweltauswirkungen. So ist der Kolonialismus nicht nur ein historisches Unrecht, sondern auch eine Wurzel der globalen Klimakrise – insbesondere, weil der Norden durch jahrhundertelange Ausbeutung seinen heutigen Wohlstand und seine Emissionen auf Kosten des Südens aufbauen konnte.

- **Klimagerechtigkeit gesetzlich verankern**, unter Einbezug von MAPA-Communities (Most Affected People and Areas)
- **Kompensation historischer CO₂-Emissionen** durch ehemalige Kolonialmächte
- **Flucht vor Klimafolgen** als legitimer Fluchtgrund gesetzlich anerkennen

- **Verbot fossiler Großprojekte** in Ländern des Globalen Südens zur Schuldentilgung
- **Finanzielle Wiedergutmachung durch Schuldenerlass** und ökonomische Reparationen

Erarbeitet auf dem bundesweiten Vernetzungstreffen „Dekolonisierung trotz alledem!“ im Juli 2025, organisiert von Decolonize Berlin.

Mitgezeichnet von

ADEFRA e.V.

AfricAvenir International e.V.

Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e.V.

Amo - Braunschweig Postkolonial e.V.

Amo Collective Berlin

AG Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten (KGGU), Instituts für Geographie der Uni Hamburg

barazani.berlin

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.

Berlin Postkolonial

Bielefeld postkolonial

Bündnis Anton Wilhelm Amo Erbschaft

Decolonize Berlin e.V.

Deschoolonize e.V.

Die Urbane. Eine HipHop Partei - Berlin

EPIZ Göttingen

Glokal e.V.

Göttingen Postkolonial

Hakili-So / Haus der Bildung e.V.

Hinschauen. Kolonialgeschichte Mannheim

Initiative Perspektivwechsel e.V.

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.(ISD)

iz3w - informationszentrum 3. welt

[muc] münchen postkolonial

Kolonialismus Erinnern – Berlin

korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.

Korea Verband

NARUD e.V.

NGO NEST Berlin

Ossara e.V.

Rostock Postkolonial

SAVE ME MANNHEIM

südnordfunk

Tanzania Network e.V.

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.